Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

WIRREN IN CHINA — WILSONS DRANG NACH EUROPA

Seit über einem halben Jahr toben Massen entfesselter Jugendlicher durch das kommunistische China und verkünden den Beginn einer neuen Ära, in der jedes «bourgeoise» Denken ausgerottet und der Mensch einer Gesellschaftsordnung entgegengeführt werden soll, in der es weder Unterschiede noch Privilegien geben wird. Es ist ein Ziel, vergleichbar jenen *Utopien*, die am Anfang der kommunistischen und sozialistischen Ideen des vergangenen Jahrhunderts standen. Was im Westen gescheitert ist, soll nun im Reich der Mitte Wirklichkeit werden — eine Art Idealkommunismus, wo jeder Intellektuelle auch gleichzeitig Werktätiger, wo der Soldat auch Bauer, Handwerker und Dichter sein wird. Das sind, in groben Umrissen, die bis jetzt erkennbaren Postulate der großen «*Kulturrevolution*», als deren Bannerträger die jugendlichen «Roten Garden» seit Monaten das Land terrorisieren und eine Bewegung ausgelöst haben, der die übrige Welt fassungslos gegenübersteht.

Machtkämpfe

Es wäre müßig, schon heute ein völlig abgerundetes, objektives Bild der Vorgänge in China geben zu wollen, und man ist geneigt, das früher von der Sowjetunion gebrauchte Wort, über sie gebe es nur verschiedene Grade der Unkenntnis, nun auch auf China anzuwenden. Der Schleier des Geheimnisses, der über die Vorgänge in Rotchina gebreitet ist, ist dichter, als es der Eiserne Vorhang selbst in den schlimmsten Zeiten des Stalinismus war. Jede Deutung der Ereignisse hat sich damit abzufinden, daß die in der «Kulturrevolution» waltenden Kräfte nur schwer zu durchschauen sind und es fast unmöglich ist, mit auch nur annähernder Sicherheit festzustellen, wer hinter den einzelnen Aktionen der «Roten Garde» steht und weshalb die schwankenden Stoßrichtungen plötzlich auf dieses oder jenes Ziel gelenkt werden.

Was sich wohl einzig als konkrete Tatsache aus den Ereignissen in China ableiten läßt, ist die Konstatierung, daß sich hier ein erbitterter Machtkampf abspielt. Schlüsselfigur ist der heute bald 74jährige *Mao Tse-tung*. In seinem Namen demonstrieren die jugendlichen Fanatiker für ein neues China, von seinen vermeintlichen und tatsächlichen Gegnern fordern sie eine Selbstkritik, die sich oft in den unwürdigsten und erniedrigendsten Formen abspielt, Maos Schriften und Ideen werden kolportiert und bis zum Überdruß den Massen eingehämmert; der Parteiführer wird zu einem wahren Götzen gemacht, an dessen Altar die Nation ihr Opfer zu bringen hat. Die eifrigsten Propagandisten dieser seltsamen Apotheose sind Verteidigungsminister *Lin Piao*, offensichtlich der zweite Mann des Regimes, und Maos vierte Frau, die ehemalige Schauspielerin *Tschiang Tsching*. Damit scheint die Gruppe umrissen, die zumindest zeitweilig die Aktionen der «Roten Garde» dirigierte. Hinter diesem Kurs der Etablierung eines Maoismus schien die Armee zu stehen, als deren Vertrauensmann Lin Piao wirkte.

Die Angriffe und Anklagen richteten sich vor allem gegen den Staatspräsidenten *Liu Shao-tschi* und den Generalsektretär der Partei, *Teng Hsiao-ping*, sowie den früheren Generalstabschef *Lo Jui-tsching*. Hier ließen sich einigermaßen plausible Zusammenhänge erahnen. Liu war der Mann gewesen, der 1958/59 Mao Tse-tung aus dem Amt des Staatspräsidenten verdrängt hatte; unter Lius Leitung war jene wirre Epoche des «Hundert-Blumen»-Feldzuges und der Errichtung der *Volkskommunen* in den Jahren 1957 und 1958 — beides Ereignisse, die

zweifellos verwandte Züge mit der gegenwärtigen «Kulturrevolution» aufweisen — zu einem Abschluß gebracht und Chinas Politik von der ideologischen Überspanntheit wieder auf den Weg des *Pragmatismus* zurückgelenkt worden. Lo Jui-tsching, der Generalstabschef, erschien als der direkte Rivale Lin Piaos in der Beherrschung der Armee; daß nun auch Lo in den Sog der Säuberung geriet, erschien unter diesen Voraussetzungen begreiflich.

In den letzten Wochen hat sich dieses Bild jedoch plötzlich verschoben. Lin Piao verschwand im Hintergrund, über einen Monat lang meldete er sich nicht zum Wort, und berechtigte Zweifel meldeten sich, ob seine Autorität innerhalb der bewaffneten Streitkräfte tatsächlich unangefochten war oder ob sein Einflußbereich sich nicht nur auf das von ihm kommandierte Armeekorps beschränkte. Ins Rampenlicht trat nun plötzlich der als nüchterner Realist bekannte Ministerpräsident *Tschou En-lai*, der um die Jahreswende ausländischen Beobachtern als Repräsentant einer sich aus den Wirren abzeichnenden, nach Ordnung strebenden «dritten Kraft» erschien, die mit Macht das Abgleiten Chinas in Chaos und Anarchie zu verhindern suchte.

Widerstand in Schanghai und Nanking

Inzwischen war nämlich die «Kulturrevolution» außerhalb Pekings auf immer stärkeren Widerstand gestoßen. Immer deutlicher zeigte es sich, daß man die Geister, die man gerufen hatte, offenbar nicht mehr los wurde: mehrere Male wurde in Peking der *Rückzug* der «Roten Garde» angekündigt und immer wieder mußte er aufgeschoben werden, sei es, daß die staatlichen Instanzen vor dem Druck der Jugendlichen zurückwichen, sei es, daß man organisatorisch nicht mehr in der Lage war, die aufgebotenen Massen wieder abzutransportieren und einem geordneten Dasein zuzuführen.

Der Widerstand gegen den Terror der «Roten Garde» manifestierte sich in den ersten Januartagen vor allem in *Schanghai* und *Nanking*, zwei Städten, die schon in der vorkommunistischen Vergangenheit Chinas oft in Gegensatz zur Hauptstadt des Nordens, Peking, standen. Die Opposition gegen die «Rote Garde» scheint jedoch nicht, wie die offizielle Version es glauben machen will, von «bourgeoisen Reaktionären» ausgegangen zu sein, sondern von Arbeitern und Funktionären, denen das Treiben der entwurzelten Jugendlichen nicht paßte, weil es jede Ordnung bedrohte, den Gang der Produktion hemmte und die Versorgung der Städte mit Gütern und Lebensmitteln lähmte. In Schanghai und Nanking zeigte es sich auch, daß sich die Armee immer stärker von den Aktionen der «Roten Garde» zu distanzieren begann. Damit wurde den jugendlichen Terrorgruppen offensichtlich ein wichtiger Rückhalt entzogen.

Mao schweigt

Das vielleicht erstaunlichste Phänomen in diesem undurchsichtigen Wirrwarr ist die Haltung der *Zentralfigur Mao Tse-tung*. Sein Bild blickt von Wänden und wird von den fanatisierten Massen mitgetragen, seine Schriften werden auf öffentlichen Plätzen studiert, seine Theorien erhalten den Anstrich eines Evangeliums, sein Name ertönt tagtäglich von Millionen Lippen. Mao selber aber schweigt. Von ihm persönlich hat man seit Beginn der «Kulturrevolution» kein Wort vernommen, stumm nahm er bei Paraden die Huldigungen der demonstrierenden Massen entgegen, alles, was man über ihn erfuhr, kam von dritter Seite, von Lin Piao, von seiner Frau Tschiang Tsching oder von Tschou En-lai.

Hat Mao Tse-tung zu der in seinem Namen durchgeführten Umwälzung, die ein Siebenhundertmillionenvolk in seinen Grundlagen erschüttert und aufwühlt, nichts zu sagen? Den *Spekulationen* wird ein unermeßliches Spielfeld eröffnet; sie reichen von der Überlegung, daß Mao entweder bereits tot oder so hinfällig sei, daß er rein physisch die Macht nicht mehr ausüben könne, bis

zur Theorie, daß der Parteiführer in vorsichtiger Zurückhaltung abwarten und schließlich durch ein mit unwiderstehlicher Autorität gesprochenes *Machtwort* die Situation in seinem Sinne meistern und damit vor allem die Nachfolgefrage in einer Art regeln wolle, die eine posthume Entthronung, wie sie Stalin unter Chruschtschew zuteil wurde, in China verhindern würde. Daß sich die «Kulturrevolution» — machtmäßig gesehen — vor allem um *Positionskämpfe der Diadochen* dreht, scheint, ganz gleichgültig, wie die Stellung Maos heute ist, kein abwegiger Gedanke zu sein.

Rückwirkungen auf den Ostblock

Das Tohuwabohu in China beginnt immer stärker auch die Beziehungen innerhalb des Ostblockes zu revolutionieren. Die *Spannung zwischen Moskau und Peking* hat sich weiter verschärft. Auf dem Dezemberplenum des Zentralkomitees der sowjetischen KP sind harte Worte gegen China gefallen. Anschließend begab sich die sowjetische Parteiprominenz auf Reisen in die Provinz, um — wie es in der offiziellen Version heißt — die Beschlüsse des Plenums zu erläutern. Daß dabei das chinesische Problem im Mittelpunkt stehen wird, dürfte außer Zweifel sein, obwohl die Reden der sowjetischen Parteigrößen nicht veröffentlicht werden. Auch die Bemühungen Moskaus, erneut eine Konferenz der kommunistischen Parteien zustande zu bringen, deutet an, daß die Sowjetunion den Zeitpunkt als günstig erachtet, endlich die längst erhoffte Verurteilung Chinas durch ein mit Autorität ausgestattetes internationales kommunistisches Gremium zu erreichen. Der Besuch Breschnews und Kossygins in *Polen*, der mit großer Heimlichtuerei umgeben wurde, dürfte ebenfalls zur Hauptsache China gegolten haben.

Daß neben den ideologischen Auseinandersetzungen auch handfeste machtpolitische Differenzen das Verhältnis zwischen den beiden größten kommunistischen Staaten bestimmen, zeigen die Gerüchte über massive sowjetische Truppenverstärkungen längs der chinesischen Grenze. Man wird solche Meldungen nicht überbewerten dürfen; sie sind jedoch symptomatisch für den Grad der Spannung, der gegenwärtig im nördlichen Asien herrscht. Die neue Frontstellung Moskaus gegen China wird zweifellos langfristig auch das gesamte weltpolitische Geschehen immer intensiver beeinflussen.

Wilsons europäische Goodwill-Tour

Während der Ostblock immer stärkere *Desintegrationserscheinungen* zeigt, macht Großbritannien den Versuch, die westeuropäische Einigung, die seit Jahren stagniert, wieder einen Schritt weiter zu bringen. Premierminister *Harold Wilson* ist zu einer Reise durch die europäischen Hauptstädte aufgebrochen, um die Möglichkeiten eines Beitrittes Englands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu sondieren. Erste Station dieser Besuchsserie war *Rom*, wo der britische Regierungschef bei seinem italienischen Amtskollegen Moro Verständnis und Unterstützung fand.

Die härteste Konfrontation steht Wilson bevor, wenn er sich mit *de Gaulle* trifft. Das Veto des französischen Präsidenten hat vor vier Jahren die unter der konservativen Regierung *Macmillan* eingeleiteten Gespräche abrupt beendet. Wilson gehörte damals zu den Gegnern eines Anschlusses an die EWG. In der Zwischenzeit haben sich die Voraussetzungen gewandelt. Die Bindungen Großbritanniens an das *Commonwealth* sind lockerer geworden. London läuft Gefahr, sich wirtschaftlich zu isolieren, wenn es sich nicht einem der großen Wirtschaftsblöcke annähert. Die britische Regierung ist deshalb heute bereit, die Römer Verträge ohne Vorbehalte und Sonderregelungen zu akzeptieren. Sie kann dabei auf eine Befürwortung durch fünf der sechs EWG-Partner rechnen. Daß sie auch den Widerstand Frankreichs überwinden kann, scheint im gegenwärtigen Augenblick fraglich. Der deutsche Bundeskanzler *Kiesinger* hat nach seinem

Besuch in Paris durchblicken lassen, daß de Gaulle nach wie vor ernste Bedenken gegen eine Aufnahme Großbritanniens in die EWG habe. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß im Zeichen der erneuerten deutsch-französischen Freundschaft Großbritannien bei seinem Drang zur EWG in nächster Zeit nicht mehr so uneingeschränkt auf die Unterstützung Bonns zählen kann wie in der Ära Erhard. Welchen Weg Wilson unter diesen Voraussetzungen zu beschreiten gedenkt — Verhandlungen mit den fünf EWG-Ländern oder bilaterale Abmachungen mit Frankreich —, wird sich zeigen, wenn der Premier seine Goodwill-Tour durch Europa abgeschlossen hat.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Rücktritt aus dem Bundesrat

Die letzten Wochen des alten Jahres erhielten zur allgemeinen Überraschung aufregende Akzente. Den Anstoß bildete der Entschluß Bundesrat Chaudets, sein Amt auf Jahresende niederzulegen. Obwohl schon während längerer Zeit verschiedenartigste Spekulationen über einen allfälligen Rücktritt des Wehrministers angestellt worden waren — da und dort verdichteten sie sich sogar zur unverblümten Forderung nach seiner Demission zwecks endgültiger Bereinigung der Mirage-Angelegenheit —, wirkte die Nachricht von seinem Entscheid unmittelbar vor Beginn der Dezembersession der eidgenössischen Räte doch wie eine Bombe. Die Öffentlichkeit hatte nicht mehr mit einer solchen Entwicklung gerechnet.

Wenn der Rücktritt auch mit Nebengeräuschen verbunden war — Bundesrat Chaudet faßte seinen überraschenden Entschluß, als ihm die Radikaldemokratische Fraktion mitteilte, daß sie eine Kandidatur Chaudets für das ihm turnusgemäß zufallende Vizepräsidium des Bundesrats, die gleichbedeutend mit einer Verlängerung seiner Amtszeit um mindestens zwei Jahre gewesen wäre, nicht begrüßen würde —, so muß man doch im Rückblick feststellen, daß diese Entwicklung der Dinge als für alle Teile positiv gelten darf. Auch wenn Bundesrat Chaudets persönliche Integrität von keiner Seite je bestritten worden ist, so wurde seine Tätigkeit doch nach wie vor von der Mirage-Affäre überschattet. Anderseits hatte er in den letzten Monaten die Genugtuung, wesentliche Positionen unserer Wehrpolitik bereinigen oder festigen zu können. Damit waren die Voraussetzungen für einen ehrenvollen Abschied gegeben.

Die Kommentare, die sein Ausscheiden aus der Landesregierung begleiteten, mögen Paul Chaudet manch bittere Erfahrung vergessen lassen. Von links bis rechts wurde ihm ein außerordentliches Maß an Hochachtung gezollt. Sie galt einmal dem Departementschef, der die Modernisierung unserer Armee mit großem Geschick und unentwegter Tatkraft erfolgreich vorangetrieben hatte. Sie galt darüber hinaus dem Politiker, der zu den profiliertesten Persönlichkeiten unserer Kollegialregierung zählte und der sich stets durch politisches Einfühlungsvermögen und staatsmännischen Überblick auszeichnete. Vor allem aber galt sie dem Menschen Paul Chaudet, der mit beispielhaftem Mut, außerordentlichem Durchhaltewillen und eindrücklicher Gradlinigkeit eine politische Krise durchstand, wie sie in ihrem Ausmaß hierzulande zum Glück selten ist.

Eine gute Wahl mit besonderen Akzenten

Die Ablösung Bundesrat Chaudets stand auch sonst unter einem guten Stern. Die

Wahl seines Nachfolgers, des Tessiners Nello Celio, fand eine äußerst günstige Aufnahme. Das ist um so weniger selbstverständlich, als sie für einen der drei «Bundesratskantone» mit dem Verlust des auf Gewohnheitsrecht gegründeten Bundesratssitzes verbunden war. Zwar fehlte es nicht an kritischen Stimmen aus dem Welschland und insbesondere aus der Waadt. Doch ließen die Reaktionen eher auf eine augenblickliche Verstimmung als auf ein eigentliches Malaise schließen. Das hängt einmal damit zusammen, daß die Reduktion der welschen Bundesratsdelegation ausdrücklich als Übergangslösung charakterisiert wurde und daß man sich auch allgemein für den Kanton Tessin freute, der auf diese Weise nach längerem Unterbruch wieder zum Zuge kam. Es war aber auch durch die Tatsache bedingt, daß mit Nationalrat Celio ein außerordentlich qualifizierter Politiker und Wirtschaftsfachmann zum höchsten eidgenössischen Amt aufgestiegen ist.

Seine Wahl erhielt einen besonderen Akzent durch den Umstand, daß er die Würde des Bundesrates mit der Preisgabe einer beruflichen Tätigkeit abgelten mußte, die ihm das Mehrfache eines Bundesratssalärs eingetragen hatte. Zwar gab es vereinzelte Stimmen, die angesichts der langen Liste von Verwaltungsratssitzen, die Dr. Celio bis zu seiner Wahl innehatte, Bedenken anmeldeten und von Interessenverflechtungen sprachen, welche die Unabhängigkeit des neuen Bundesrats in Frage stellen könnten. Doch diesem Vorbehalt ist die Frage gegenüberzustellen, was denn nun besser sei: ein Bundesrat, der sich bereits *vor* seiner Wahl eine überragende wirtschaftliche Stellung erarbeitet hatte, oder einer, der *während* seiner Amtstätigkeit nach lukrativen wirtschaftlichen Positionen Ausschau zu halten beginnt, die er allenfalls *nach* seiner Amtszeit erringen könnte.

Der Wahl Nello Celios dürfte noch in anderer Hinsicht symptomatische Bedeutung zukommen. Die Tatsache, daß die Waadt, die mit den Ständen Zürich und Bern zu den traditionellen «Abonnenten» eines ständigen Bundesratssitzes gehört, leer ausgegangen ist (übrigens bereits zum drittenmal), deutet darauf hin, daß mit dem Abbau dieser «ungeschriebenen Gesetze», welche die Auswahl gerade bei Einzelersatzwahlen auf kaum noch zu verantwortende Weise zusätzlich einengen, doch allmählich ernst gemacht werden dürfte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit auch einer der beiden andern bisher privilegierten Stände einmal leer ausgehen könnte. Und es bleibt zu hoffen, daß der betroffene Kanton sich dannzumal ebenfalls mit Anstand aus der Affäre ziehen werde.

Fehlstart

Trotz der geglückten personellen Ergänzung hatte die Landesregierung in den letzten Wochen eine ausgesprochen schlechte Phase. Es begann damit, daß sich die Bundesversammlung bei der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten in recht mißmutiger Verfassung zeigte. Zwar kam Roger Bonvin bei seiner Ernennung zum Bundespräsidenten für 1967 noch einigermaßen glimpflich davon; doch mag ihm der deutliche Stimmenverlust gegenüber seiner Wahl zum Vizepräsidenten vor Jahresfrist gezeigt haben, daß er als Finanzminister wachsender Kritik begegnet. Bundesrat Spühler als neuem Vizepräsidenten hingegen war ein Wahlresultat beschieden, das als eigentlicher Wink mit dem Zaunpfahl zu deuten ist. Die 70 leeren Zettel gegenüber einer Zahl von nur 124 positiven Stimmen stellen eine unmißverständliche Kundgebung weit verbreiteten Unmuts dar.

Die Demonstration hatte wohl eine dreifache Wurzel. Einmal galt sie dem Exponenten der Sozialdemokratie. In letzter Zeit — und insbesondere im Zusammenhang mit dem finanzpolitischen «Sofortprogramm» — häuften sich die Anzeichen, daß die Sozialdemokraten eine immer ausgeprägtere Neigung entwickeln, als Regierungspartei zugleich Opposition zu spielen. An einem schweizerischen Parteitag im vergangenen Herbst gab die Führung der SPS sogar eine programmatische Erklärung in dieser Richtung ab. Diese Tendenz, die sich im Vorfeld der Nationalratswahlen naturgemäß noch zu

verstärken beginnt, wurde im bürgerlichen Lager mit wachsender Erbitterung registriert. Es wurde mit Nachdruck festgestellt, daß Regierungsbeteiligung auch Regierungsverantwortung bedeute und daß es nicht angehe, auf Kosten der Regierungspartner die Vorzüge der «Regierungspartei» mit den taktischen Vorteilen einer oppositionellen Politik zu koppeln.

Der Unmut galt aber auch Bundesrat Spühler persönlich. Als neuer Außenminister — er hatte vor einem Jahr das Verkehrs- und Energiedepartement an Rudolf Gnägi abgetreten, um die Nachfolge von Prof. Wahlen zu übernehmen — war er in öffentlichen Reden verschiedentlich vorgeprellt, ohne daß er die Probleme vorher nach bewährter Praxis mit dem Gesamtbundesrat und den außenpolitischen Kommissionen des Parlaments eingehender besprochen hätte. Es betraf dies vor allem das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinigten Nationen. Verschiedene Mitglieder der Bundesversammlung mögen die Stimmabgabe darüber hinaus dazu benützt haben, um dem Wunsch nach baldigen weiteren personellen Änderungen in der Landesregierung deutlich Ausdruck zu verleihen.

Der rechte Mann am rechten Platz?

Nicht genug mit diesen kaum verhüllten Demonstrationen gegenüber Präsident und Vizepräsident, geriet nur wenig später auch der Bundesrat als Gesamtbehörde in ein Gewitter von überdurchschnittlicher Windstärke. Am 3. Januar, an der ersten Sitzung im neuen Jahr, nahm er die Konstituierung vor. Trotz warnenden Stimmen von Gewicht im Vorfeld der Departementszuteilung, die Gelegenheit wahrzunehmen und die Durchschlagskraft der Landesregierung durch eine größere Rotation zu erhöhen, faßte der Bundesrat den unpopulären Beschluß, sich auf die Minimallösung zu beschränken und das freigewordene Militärdepartement dem Neuling Dr. Celio, seines Zeichens Oberleutnant, zuzuweisen.

Die scharfe Kritik, die nach diesem Entscheid in weitesten Kreisen der Öffentlichkeit laut wurde, war nicht etwa ein Ausfluß der Vermutung, Dr. Celio könnte seinem Amt nicht gewachsen sein. Der Argumentation Bundespräsident Bonvins vor der Presse, der Wehrminister habe in den nächsten Jahren vor allem industriell-technische Aufgaben zu bewältigen, für deren Lösung Dr. Celio ganz besonders qualifiziert sei, kann nicht jede Berechtigung abgesprochen werden. Die Kritik konzentrierte sich vielmehr auf die Tatsache, daß der amtsjüngste Bundesrat in einem Schlüsseldepartement wie jenem des Finanzwesens dem Lande noch besser zu dienen vermöchte, um so mehr als in Rudolf Gnägi ein potentieller Wehrminister von hohen Qualitäten zur Verfügung gestanden hätte und Bundesrat Bonvin als Ingenieur dem Verkehrs- und Energiedepartement doch wohl eher gewachsen gewesen wäre als dem Finanzdepartement, das gegenwärtig besonders schwere Aufgaben zu bewältigen hat.

Von seiten der diesen beiden Bundesräten nahestehenden Kommentatoren wurde einerseits ins Feld geführt, daß es um der Kontinuität willen falsch sei, eingearbeitete Magistraten ohne Not zu Departementswechseln zu veranlassen. Anderseits wurde betont, daß es sich bei unserer Exekutive um *politische* Ämter und nicht um Fachministerien handle. Nun ist der Hinweis auf die politische Aufgabe des Bundesrates sicherlich nicht fehl am Platze. Es liegt aber doch wohl klar vor Augen, daß dieser politische Auftrag dann besonders gut erfüllt werden kann, wenn unsere Bundesräte neben ihren politischen Fähigkeiten auch ihre Spezialkenntnisse auf bestmögliche Art zur Geltung bringen können. Die Möglichkeit, in dieser Hinsicht optimale Verhältnisse zu schaffen, wurde am 3. Januar auf krasse Weise verpaßt. Daß allerdings eine Verteilung der Departemente durch die Bundesversammlung, wie sie nun durch einen Vorstoß aus Kreisen des Landesrings angestrebt werden soll, zu besseren Resultaten führen werde, ist ernstlich zu bezweifeln. Denn damit würden dem Manövrieren nach rein parteitaktischen Gesichtspunkten erst recht Tür und Tor geöffnet.

Notwendige Überprüfung der Regierungsmethoden

Mit der verunglückten Konstituierung hatte die bundesrätliche Pechsträhne zum Jahreswechsel aber noch immer nicht ihr Ende gefunden. Der Beschluß der Landesregierung, den bereits früher festgesetzten Abstimmungstermin für die Bodenrechtsinitiative der Linken hinauszuschieben, brachte weite Teile der Öffentlichkeit erneut in Aufruhr. Offenbar glaubte eine Mehrheit des Bundesrates, damit die Chancen für eine Annahme des Sofortprogramms erhöhen zu können. Für die bürgerlichen Parteien aber erweckte dieser Schachzug den Eindruck, als wolle der Bundesrat der Linken eine goldene Brücke aus einer etwas peinlichen Situation bauen, in die sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus eigenem Verschulden manövriert hatten.

Hier wie bei der Konstituierung wäre es wohl besser gewesen, der Bundesrat hätte sich zuerst mit den Fraktionen ausgesprochen. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß die Landesregierung, die sich in Wirtschaftsfragen meist gar nicht oft und intensiv genug durch Konsultationen mit den betroffenen Organisationen absichern zu können scheint, ihre politischen Entscheidungen nach wie vor fast immer unter Ausschluß der Parteien zu treffen geneigt ist. Dabei wäre gerade unter den Bedingungen der «Allparteienregierung» in vielen Fällen eine Rücksprache mit den Fraktionen naheliegend und von großem Nutzen. Der Bundesrat wird gut daran tun, sich diese Dinge einmal genauer zu überlegen. Die bisherigen Methoden haben sich in letzter Zeit nicht eben bewährt. Die Folge waren unnötige Reibungsverluste, die dem Prestige und damit der Autorität des Bundesrates gar nicht gut bekommen sind. Es ist an der Zeit, hier nach neuen Wegen zu suchen.

Spectator

KIRCHE IN NOT

Seit sechzehn Jahren wird im «Haus der Begegnung» in Königstein im Taunus der Kongreß *Kirche in Not* durchgeführt. Das Grundthema *Religion — Kommunismus* ist dasselbe geblieben. Die Veranstalter, die der Ostpriesterhilfe nahestehen, waren stets bestrebt, nicht weiß-schwarz zu malen und Übelstände etwa nur auf der anderen Seite zu sehen. «Wir haben uns selber immer und immer wieder die Frage nach unserer eigenen Schuld und Verschuldung gestellt und haben uns bemüht, aus brüderlicher Verantwortung heraus eine Antwort auf die erkannten Nöte zu finden und vor allem auch in die Tat umzusetzen.» Dies war auch Sinn und Inhalt des sechzehnten Kongresses, der letzten Herbst stattfand.

Anläßlich eines Podiumgesprächs zitierte ein Teilnehmer Mihajlo Mihajlov als Beispiel eines sich abzeichnenden Pluralismus in der kommunistischen Gesellschaft, ohne zu wissen, daß der tapfere Professor in Zadar bereits im Gefängnis saß, weil er versucht hatte, auf völlig legalem Wege eine oppositionelle Zeitschrift zu gründen, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichten sollte.

Damit war bereits die Problematik des Dialogs mit den Kommunisten, mit dem sich der Kongreß befaßte, aufgezeigt: wie immer kommunistische Ideologen an Treffen mit westlichen Gesprächspartnern den Marxismus auslegen und die kommunistische Zukunft mit pluralistischen Zugeständnissen schmackhaft zu machen versuchen — die Machthaber in den kommunistischen Ländern fühlen sich dadurch in keiner Weise verpflichtet.

Diese, auf zwei verschiedenen Ebenen unterschiedlich operierende kommunistische Taktik wäre weniger alarmierend, wenn der Vatikan ihr ein ähnliches Modell entgegenzusetzen hätte. *Die Avancen der Kurie gehen indessen weit über das Gebiet der Taktik hinaus.* Sie gründen, wie Professor Dr. Bruno Schüller in seinem Referat ausführte, auf einem neuen katholischen Verständnis der Religionsfreiheit seit dem zweiten Vatikanum. Sie wird verstanden als Freiheit zum Glauben wie zum Unglauben. Eine Grenze ist dem Recht auf Religionsfreiheit lediglich dort gesetzt, wo es auf das Recht anderer Menschen und Gemeinschaften stößt. Die sich für die objektive Wahrheit und jene, die sich für den Irrtum entscheiden, sind gleichen Rechts. Weder eine Begünstigung noch eine Benachteiligung des religiösen (oder atheistischen) Bekenntnisses durch den Staat ist mit dem Grundsatz der Religionsfreiheit vereinbar. Der Staat hat in Fragen der Wahrheit und des Irrtums nichts zu entscheiden. Diese Erkenntnis betrachtet der Referent als Erbe der Aufklärung, «die, von kümmerlichen Prämissen her, zu bemerkenswerten, hervorragenden Ergebnissen führte (Abschaffen der Folter, Humanisierung des Strafrechts)». «Heute (erst) werden die Konsequenzen auf dem Gebiete des Glaubens gezogen.»

Freiheit ist nicht als Willkür gemeint. Frei ist, wer zu seinem eigentlichen (menschlichen) Wesen kommt. Die Willensfreiheit ist zu überwinden im Gehorsam gegen Gott. (Auch für den Kommunisten ist Freiheit die Verwirklichung des eigentlichen menschlichen Wesens — die Herausführung aus der Entfremdung —, auch sie wird überstiegen im Gehorsam gegenüber der Notwendigkeit.)

Die Grundkonzeption ruft einem Dialog, dem lediglich durch die Wahrheit Grenzen gesetzt sind, der sich nicht zu kümmern braucht um die kommunistischen Kommentare, die ihn als Verlegenheitsgeste der Kirche deuten, welche auf ihre politisch-ideologischen Konzeptionen verzichten müsse, weil diese ihre Autorität gefährdeten und jeden Einfluß auf die Massen verloren hätten.

Man kann sich indessen fragen, ob die Wahrheitsgrenze auch immer beachtet wird, so, wenn Mitarbeiter von Radio Vatikan die Weisung haben, «jede Unfreundlichkeit gegenüber der Sowjetunion strikte zu unterlassen», wie ein Diskussionsteilnehmer zu berichten wußte.

Man wird unwillkürlich an die Auseinandersetzung über die Haltung Pius' XII. gegenüber dem Nationalsozialismus erinnert. Ist es nicht ein Widerspruch, die dem damaligen Papst zugemutete Freimütigkeit gegenüber den nationalsozialistischen Verbrechern heute, da ein offenes Wort gegenüber den kommunistischen Verfolgungen fällig wäre, aus der Diplomatie des Vatikans zu verbannen? Was haben die *Abkommen mit kommunistischen Regimen* dem Konkordat mit Hitlerdeutschland tatsächlich voraus? Dem mit Jugoslawien unterzeichneten Protokoll werden ungebührlich Vorleistungen, wenn nicht Komplizität mit den kommunistischen Machthabern vorgeworfen. Derweil der Heilige Stuhl seinen Geistlichen verbietet, religiöse, kirchliche Funktionen für politische Zwecke zu mißbrauchen, verpflichtet sich Jugoslawien keineswegs, die Eingriffe der eigenen Funktionäre in kirchliche und religiöse Angelegenheiten zu unterbinden. Während der Heilige Stuhl bereit ist, allfällige Übergriffe seiner Geistlichen zu bestrafen, ist nirgends von entsprechenden strafrechtlichen Maßnahmen gegen jugoslawische Funktionäre die Rede. Während die Zugeständnisse des Heiligen Stuhls ohne Einschränkung erfolgen, sind die Verpflichtungen der jugoslawischen Regierung eingeschränkt umschrieben: sie erlaubt freie Betätigung in religiösen Angelegenheiten und Riten, aber nur «im Rahmen dieser Grundsätze»; sie anerkennt die Jurisdiktion des Heiligen Stuhles nur insofern, «als sie nicht den Einrichtungen der SFRJ widerspricht»; sie respektiert die Beziehungen der Bischöfe mit dem Heiligen Stuhl nur soweit, «als diese Beziehungen ausschließlich religiösen und kirchlichen Charakter aufweisen».

Alle «Camillo und Peppone»-Geschichten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß *die Kirchen in den kommunistischen Ländern*

in großer Bedrängnis leben. Davon legten die in Königstein ausgestellten Dokumente und namentlich die Länderberichte ein beredtes Zeugnis ab. In der Praxis wird die Parteilinie auf den drei Ebenen der Gewalt allerdings unterschiedlich angewendet. Am schlimmsten ist die mittlere, während sich auf der lokalen Ebene «Camillo und Peppone»-Szenen abspielen können, sofern sie nicht aus durchsichtigen Gründen von der Partei in Umlauf gesetzt wurden, wie etwa die folgende:

«Die Genossen verlangen vom Ortspfarrer die Herausgabe der Kirchenbänke. Die Bitte wird abgeschlagen. Die Genossen: dann werden wir an der nächsten Fronleichnamsprozession den Baldachin nicht mehr tragen. Pfarrer: dann werde ich euch die Parteimanifeste nicht mehr auf der Maschine schreiben. Die Genossen: dann werden wir nicht mehr zur Beichte kommen und du wirst künftig die Parteigeheimnisse nicht mehr erfahren!»

Die Wirklichkeit sieht wesentlich anders aus, wenn sie auch von Land zu Land und mit der politischen Lage fluktuiert. Die Verkündigung ist in Frage gestellt. 1964/65 besuchten in Ungarn noch 15,4% der Grundschüler und 0,3% der Oberschüler den Religionsunterricht. Hunderte von Religionslehrern wurden verhaftet. In der CSR sind von ehemals dreizehn Seminarien nur noch zwei geöffnet. Alle Professoren werden vom Staat ernannt, Marxismus ist Pflichtfach, und so weiter.

Trotz allem ist die Kirche nicht überwältigt. Ob man soweit gehen kann, das Abkommen, das Kadar mit dem Vatikan unterzeichnete, als «*erstes Zeichen der Vernunft*» (der Kommunisten) auszulegen. bleibe dahingestellt. Gar von der «Möglichkeit eines qualitativen Sprungs» zu sprechen, dürfte von den Opfern der kommunistischen Kirchenpolitik eher als Sterndeuterei ausgelegt werden. Hingegen mag tatsächlich hier und dort bei den Parteiideologen («die trotz allem Menschen bleiben») eine gewisse Unsicherheit aufkommen, die sich allerdings nur «in mikroskopisch kleinen Entgegenkommen» äußert. Reicht sie aus, um heute schon eher eine negative Bilanz für den Kommunismus zu ziehen? Dr. Ladislaus Fekete-Kuthy (München), ehemals Dozent für Verfassungsgeschichte in Budapest, heute Dozent in München, ist dieser Überzeugung: Der Atheismus kann keine entschiedenen Fortschritte aufweisen. Es sind keine kämpfenden Atheisten erzogen worden, wohl aber religiös Unwissende und Gleichgültige, die in ihrer Areligiosität durch den allgemeinen Materialismus begünstigt werden.

Die Unterdrückung der Kirchen beginnt sich bereits in der Qualität der Verkündigung auszuwirken. Mangels geistiger Nahrung müssen die Antworten auf aktuelle Fragen ausbleiben. Die Verkündigung ist oft nicht zeitgemäß; jede kirchliche Tätigkeit wird verpolitisiert. Die Kirche wird vom kommunistischen Regime systematisch und radikal vom Dialog ausgeschaltet. Wäre es demnach nicht unsere vordringliche Aufgabe, mit unsern innerlich verarmten Glaubensbrüdern in einen echten Dialog zu treten?

Der (in der Liebe geführte) Dialog als einzige Möglichkeit zur Verkündigung des Wortes setzt eine zeitnahe Information in bezug auf den Glauben in der Kirche voraus. «Ich muß glauben, was ich weiß, ich muß wissen, was ich glaube.» «Sich zu einer Wahrheit bekennen, bedeutet, sie in geistiger Auseinandersetzung zu vertreten und eben dadurch zu immer tieferen Einsichten in die Wahrheit selbst, in die letzten und tiefsten Gründe dessen zu kommen, was mit ihr ausgesagt ist.» So kann die Wahrheit zu einem Politikum erster Ordnung werden. Das Wort: «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein» ist eine eindeutige Absage an entgegengesetzte Theorien (Professor Dr. Peter Meinhold, Kiel).

Noch sind wir leider vom Willen zu einem echten Dialog weit entfernt, es sei denn, wir verstünden ihn als bedingungslosen Osttourismus und Osthandel. Was wir damit meinen, läßt sich am Beispiel von Mihajlo Mihajlov zeigen. Wir befürworten Gespräche mit Parteiideologen, und es mag sogar sein, daß Garaudy aus Überzeugung das marxistische Kredo der KPF zu retouchieren versucht, auch wenn er nachträglich Selbstkritik üben und zurückbuchstabieren

muß. Im Gegensatz zu Garaudy und seinen französischen und italienischen Genossen gibt es aber einen Mann, der seinen Kopf hinhält für seine Überzeugung: *Mihajlo Mihajlov*. Der Versuch, eine oppositionelle Zeitschrift zu gründen, brachte ihn ins Gefängnis. Sein Hilferuf an freiheitlich denkende Freunde im Westen ist damals — jedenfalls was die Schweiz anbelangt — ungehört geblieben. Gewisse bürgerliche Kreise bemängelten, hinter seinem demokratischen Sozialismus habe sich eine christliche Mystik und ein Märtyrertum, die in der jugoslawischen Gesellschaft von heute keine Chance hätten, versteckt. In sozialistischen Zirkeln wurde seine Absage an den Marxismus schlecht vermerkt. Das Ergebnis war, daß niemand daran dachte, sein Unternehmen mit telegraphischen Grußbotschaften zu fördern oder gar an die Konferenz hinzufahren, an der Mihajlovs Zeitschrift aus der Taufe gehoben werden sollte. Solange solche kapitalen Gelegenheiten verpaßt werden, bleibt alles Predigen von Dialogen eitles Palaver.

Albert Münst

ISRAELS MINDERHEITEN

Das Bild einer Straße in Israel ist von erstaunlicher Buntheit, denn zu den etwa zweieinhalb Millionen jüdischer Bürger aus aller Welt kommen noch über zweihunderttausend Moslems, fünfundfünfzigtausend Christen sowie etwa dreißigtausend Drusen und andere kleinere Gemeinschaften. Die Mehrheit der Minderheiten sind Araber.

Die arabischen Bürger werden je nach Beschäftigung und Kleidung in drei Gruppen eingeteilt: Städter, Bauern und Nomaden. Der Stand der Dorfbewohner oder Fellachen hat sich durch die neue soziale Entwicklung und Kenntnis moderner Arbeitsmethoden bemerkenswert gehoben. Die teilweise noch nomadisierenden Beduinen haben ihre Eigenart am reinsten bewahrt.

Laut Unabhängigkeitserklärung von 1948 gewährt der Staat all seinen Bürgern, ohne Unterschied des Glaubens, der Rasse oder des Geschlechts, die gleichen sozialen und politischen Rechte. Er garantiert die volle Gewissens- und Religionsfreiheit, Freiheit der Sprache, der Erziehung und Kultur. Er beschützt die heiligen Stätten aller Religionen seines Territoriums.

Das israelische Kultusministerium steht in enger Beziehung zu den Führern der einzelnen Gemeinden und fördert sie in mancher Hinsicht. Dieses Ministerium wie auch die Abteilung für Altertumsforschung steht in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden zwecks Restaurierung und Pflege der Andachtsstätten.

Jede der größeren Religionsgemeinschaften hat ihre eigene religiöse Gerichtsbarkeit, sowohl der ersten Instanz wie der Berufung, die den persönlichen Status der Gemeindemitglieder bestimmt. Die moslemischen Gerichte haben exklusive Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder. Ihre höchsten Würdenträger sind die Kadis der vier lokalen Scharia-Höfe und des Berufungsgerichtshofes in Jerusalem; ihr Status ist gesetzlich festgelegt. Auch die christlichen Gemeinschaften haben exklusive Gerichtsbarkeit in Angelegenheiten der Heirat, Scheidung, Unterhaltspflicht und in Testamentsfragen. Nach gemeinsamer Vereinbarung entscheiden sie auch über andere Fragen des persönlichen Status.

Allen Eltern steht es gesetzlich frei, ihre Kinder entweder in die religiösen Staatsschulen oder andere Schulen ihrer Wahl zu senden.

Es gibt hundertzwanzig Moscheen in Israel; die größte ist die Moschee al-Jasar in Akko. Kürzlich wurde die neue große

Moschee des Friedens in Nazareth eingeweiht. Die israelische Regierung bemüht sich gegenwärtig um die Zulassung der Bürger moslemischer Konfession zur Wallfahrt nach Mekka.

Die Drusen wandten sich im elften Jahrhundert vom Islam ab; zum ersten Mal in der Geschichte ihrer Gemeinde erhielten sie in Israel den Status einer autonomen religiösen Vereinigung. Sie besitzen auch eigene religiöse Gerichtshöfe.

Die Tscherkessen, eine kleine Volksgruppe, die durch den Sultan Abdel Hamid II. im neunzehnten Jahrhundert auf diesen Boden verpflanzt wurden, sind ebenfalls Moslems. Sie leben in den Dörfern von Galiläa.

Das geistliche und administrative Zentrum der persischen Sekte der Behais befindet sich in Israel; ihre Heiligtümer sind in Akko und Haifa. Sie werden jährlich von Pilgern aus der ganzen Welt besucht. Das «Weltweite Haus des Gerichts» ist die höchste Instanz dieser schnell anwachsenden Gemeinde.

Die Zahl der christlichen Bürger beträgt fünfundfünfzigtausend; es sind zum Großteil Araber, die zu 24 verschiedenen Gemeinschaften gehören. Das größte christliche Zentrum ist Nazareth, wo jetzt die Basilika der Verkündigung, die größte Kirche des Mittleren Ostens, vor kurzem fertiggestellt wurde. Es gibt im Lande zweihundert Kirchen und Kapellen, zwölfhundert Geistliche, darunter hundertfünfzig römisch-katholische Mönche und fünfhundertfünfzig Nonnen von etwa dreißig Orden und Gemeinschaften. Es existieren sechs religiöse Gerichtshöfe.

Die wichtigsten christlichen Kirchen sind:

Die griechisch-katholische mit zweiundzwanzigtausend Mitgliedern — die griechisch-orthodoxe mit sechzehntausend Mitgliedern — die lateinische mit zehntausend Mitgliedern — die Maroniten, 2800 Mitglieder — protestantische Kirche (Anglikaner, Presbyter, Baptisten, Lutheraner) 2000 Mitglieder — die östlichen monophysitischen Kirchen (inkl. Armenier, Gregorianer, Kopten, Äthiopier) 1500.

Die römisch-katholische Kirche wurde im Jahre 1099 nach der Einnahme von Jerusalem durch die Kreuzritter gegründet und der erste Patriarch eingesetzt. Nach dem Fall von Akko im Jahre 1291 erlitt die römisch-katholische Kirche eine schwere Einbuße. Später erstanden jedoch wiederum Gemeinden unter Obhut des Franziskanerordens; dieser Orden verwaltete auch die heiligen Stätten. Es fungiert ein spezieller apostolischer Delegierter.

Die griechisch-orthodoxe Kirche blieb nach ihrer Trennung von Rom im Jahre 858 in den Ländern des Mittelmeeres weiter stark. Jerusalem ist einer der vier höchsten Sitze dieser Kirche.

Seit dem frühen Mittelalter ließen sich im Heiligen Land viele Orden und Missionen dieser beiden Kirchen nieder.

Die vereinigten östlichen Kirchen erkennen die supreme Oberhoheit des Papstes an, haben aber eigene Riten und Liturgien. Die abessinische Kirche wurde im Lande im vierten Jahrhundert gegründet; sie weist mehrere Klöster auf.

Unter die nicht dem Papst unterstellten Kirchen fällt die protestantische. Das anglikanische Bistum steht unter der direkten Gerichtsbarkeit des Erzbischofs von Canterbury, der vor kurzer Zeit Jerusalem besuchte.

Es ist noch beizufügen, daß sämtliche Konfessionen völlig frei sind in der Ausübung ihrer Riten, der Leitung ihrer religiösen und wohltätigen Anstalten und der Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten.

Es bestehen zahlreiche Aktionen zur Förderung des kulturellen Lebens der Minderheiten, wie Ausstellungen folkloristischer Gegenstände, Vorführungen von Tanz- und Theatergruppen, Vorträge usw. Die hebräische Universität von Jerusalem unternimmt die Übersetzung und Veröffentlichung klassischer arabischer Werke ins Hebräische und hebräischer Werke ins Arabische. Es leben in Israel über zwanzig arabische Schriftsteller und Dichter, die für die vielen arabischen Zeitschriften und die arabische Sendestation arbeiten.

In sozialer Hinsicht umfassen die Anstrengungen des Staates die Hebung des Gesundheitszustandes der arabischen und

drusischen Gemeinden durch Einrichtung von Kliniken und Säuglingsstationen, Führung von Wasserleitungen und Elektrizität in die entlegendsten Dörfer und hygienische Maßnahmen aller Art. Demgemäß besserte sich die Gesundheit dieser Gruppen in bemerkenswerter Weise. Die Ansiedlung und die landwirtschaftliche und technische Ausbildung der Beduinen wird nach Möglichkeit gefördert.

Vor kurzem entstand unter Leitung der christlichen und moslemitischen Gemeindeführer eine Organisation unter dem Namen «Aktionskomitee der Araber Israels, die sich mit dem Staat Israel identifizieren». Sie bezweckt die Förderung des Verständnisses zwischen den Bürgern des Landes und den Minderheitengruppen und ist keiner politischen Partei unterstellt. Man plant, Delegierte in die verschiedenen Länder und an die Organisation der Vereinten Nationen zu entsenden, um eine realistische Politik in der Angelegenheit des Nahostkonfliktes zu befürworten.

Hannah Petor

Wir genießen gerne die Bequemlichkeit der vorherrschenden Meinung, ohne uns der Anstrengung des Nachdenkens zu unterziehen.

John F. Kennedy